

DIE TOTALITÄRE SEITE DER MODERNE

Von RAINER ZITELMANN

Woher rührt das Unbehagen vieler Historiker, Soziologen und Politikwissenschaftler, den Nationalsozialismus als moderne Erscheinung zu werten?¹ Diese Frage stellt sich um so nachdrücklicher, als die historische Einzelforschung in den letzten Jahren zahlreiche neue Belege für die Modernisierungsfunktion des Nationalsozialismus zu Tage gefördert hat.² Es sind wohl hauptsächlich drei Gründe, die dieses Unbehagen auslösen: 1. die normative Aufladung des Modernisierungsbegriffs; 2. die Annahme, Demokratisierung³ sei ein konstitutives Moment des Modernisierungsprozesses; 3. die These, die Modernisierungswirkungen des Nationalsozialismus seien gleichsam unbeabsichtigt erfolgt und hätten im Widerspruch zu den „archaischen“, antimodernistischen Zielsetzungen der Nationalsozialisten gestanden. Da diese drei Punkte eine zentrale Rolle in der Debatte um die Modernisierungswirkung des Nationalsozialismus spielen, werde ich mich im folgenden mit ihnen auseinandersetzen.

¹ Deziert *gegen* die Bezeichnung des Nationalsozialismus als „moderne“ Erscheinung wandte sich zuletzt: Hans Mommsen, Nationalsozialismus als vorgetäuschte Modernisierung, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen, Frankfurt a. M. 1990, S. 31–46. Vgl. auch: Manfred Rauh, Anti-Modernismus im nationalsozialistischen Staat, in: Historisches Jahrbuch 107 (1987), S. 94–121.

² Zum Forschungsstand vgl.: Rainer Zitelmann, Nationalsozialismus und Moderne. Eine Zwischenbilanz, in: Werner Süß (Hrsg.), Übergänge. Zeitgeschichte zwischen Utopie und Machbarkeit. Beiträge zu Philosophie, Gesellschaft und Politik (Festschrift für Hellmuth Bütow zum 65. Geburtstag), Berlin 1990, S. 195–223.

³ Wird im vorliegenden Beitrag von „Demokratisierung“ gesprochen, dann geschieht dies zunächst im Sinne einer engeren Auslegung dieses schillernden Begriffes: gemeint ist nicht die Politisierung sämtlicher *gesellschaftlicher* Bereiche, sondern die Etablierung einer politischen Ordnung nach den Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates. Partizipation und Egalisierung können sich auch in nichtdemokratischen Systemen vollziehen, andererseits muß eine demokratische Verfassung nicht notwendigerweise zur Ausdehnung des Prinzips der Mehrheitsentscheidung auf alle gesellschaftlichen Bereiche führen.

Normativer oder empirischer Modernisierungsbegriff?

In der Diskussion um die Thesen von Horst Matzerath und Heinrich Volkmann zum Thema *Modernisierungstheorie und Nationalsozialismus*⁴ erklärte Wolfgang Mommsen: „Offensichtlich geht es der Forschungsgruppe darum, dem Nationalsozialismus das für positiv erachtete Epitheton ‚Modernisierung‘ nicht zuzugestehen, aus einsichtigen politisch-moralischen Gründen, wird dieses doch in der gegenwärtigen öffentlichen Meinung als positives Moment angesehen. Ein solcher politisch-moralischer Ansatz ist legitim; doch sollte er bei der Konzipierung des Projektes explizit formuliert werden.“⁵ Mommsen sprach damit einen wichtigen Grund für das Unbehagen vieler Historiker an, den Nationalsozialismus als „modern“ zu bezeichnen. Allerdings wirkt dieses Motiv eher unterschwellig, wird in der Debatte meist nicht explizit formuliert.

Mit Blick auf Mommsens Einwurf erklärte Jürgen Kocka in der Diskussion: „Auf die normativen Implikationen des Modernisierungsansatzes ist zu Recht verwiesen worden. [...] Wie andere solche Ansätze auch tendiert er dazu, die tatsächliche Geschichte auf dem Hintergrund des Entwurfs einer möglichen Geschichte zu begreifen, und dieser Entwurf ist nicht unabhängig von dem Bild, das die so vorgehenden Historiker von ihrer Gegenwart und der erwarteten bzw. erwünschten Zukunft haben. Doch zwingt diese Einsicht nicht zur Absage an solche Ansätze; vielmehr folgt daraus nur die Notwendigkeit, jene normativen Bezüge so weit wie möglich zu explizieren, und das heißt im Falle der meisten Modernisierungstheorien: die meist implizite Orientierung am relativ liberal-demokratischen (‚westlichen‘) Entwicklungsmodell als Vergleichsmaßstab auf den Tisch zu legen und, falls nötig, diese Orientierung durch vergleichende Abwägung der Chancen und Kosten, Opfer und Fortschritte jenes Entwicklungsmodells argumentativ zu begründen.“⁶

In der Tat wäre es für die Debatte förderlich, wenn zentrale Beweggründe der Diskussionsteilnehmer „auf den Tisch gelegt“ würden. Es stellte sich dann rasch heraus, daß der von vielen Historikern zugrunde

⁴ Horst Matzerath u. Heinrich Volkmann, *Modernisierungstheorie und Nationalsozialismus*, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), *Theorien in der Praxis des Historikers. Forschungsbeispiele und ihre Diskussion*, Göttingen 1977 (= *Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 3*), S. 86–102.

⁵ Wolfgang Mommsen, *Diskussionsbeitrag zum Referat von Matzerath/Volkmann*, in: Ebd., S. 107.

⁶ Jürgen Kocka, *Diskussionsbeitrag zum Referat von Matzerath/Volkmann*, in: Ebd., S. 112.

gelegte Modernisierungsbegriff in hohem Maße normativ belegt ist. „Modernisierung“ wird oftmals mit einer gewissen Selbstverständlichkeit als eine *wünschenswerte* Entwicklung verstanden. Als höchste und bestmögliche Realisierungsform des „Modernen“ sieht man die westliche, liberal-demokratische Gesellschaft. Wenn aber „Modernisierung“ als etwas Positives, Wünschenswertes, „Gutes“ gilt, ist es verständlich, daß man den Nationalsozialismus nicht als „modern“ bezeichnen möchte. Insofern man ihm gewisse Modernisierungsfunktionen zuspricht, geschieht dies denn auch nicht ohne die eilig hinzugefügte Einschränkung, die modernisierenden Wirkungen seien selbstverständlich nur „unbeabsichtigt“ erfolgt. Das Problem dieser Sichtweise liegt darin, daß von vornherein feststeht, was bewiesen werden soll, nämlich der antimoderne (oder bestenfalls *ungewollt* moderne) Charakter des Nationalsozialismus. Werden die normativen Implikationen aufgedeckt und erläutert, bedeutet dies zwar einen ersten Fortschritt für die Diskussion, jedoch ist damit keineswegs – wie Mommsen und Kocka offenbar meinen – das Problem bereits „erledigt“. Im Grunde muß dann nämlich zunächst einmal eine Diskussion darüber stattfinden, ob es überhaupt sinnvoll ist, einen Begriff wie den der „Modernisierung“ normativ aufzuladen. Bekanntlich vermitteln Werturteile des Historikers – und um solche handelt es sich hier – keine Informationen über das historische Geschehen, das es zu rekonstruieren gilt, sondern lediglich über die Werthaltungen und politischen Gesinnungen des Wissenschaftlers.⁷ Ob „Modernisierung“ etwas Wünschenswertes oder Verwerfliches ist, läßt sich mit den Mitteln und Methoden der Geschichtswissenschaft nicht entscheiden.

Noch vor dreißig Jahren von den meisten Menschen relativ vorbehaltlos begrüßte Entwicklungen werden heute von vielen außerordentlich skeptisch beurteilt: Ob beispielsweise Industrialisierung und Technisierung, zwei zentrale Komponenten des Modernisierungsbegriffs, überwiegend positiv oder eher negativ zu beurteilen seien, darüber gehen die Meinungen heute bekanntlich weit auseinander. Die beiden Fragen, ob in einem gewissen Zeitabschnitt Industrialisierung und Technisierung tatsächlich stattfanden und ob dies von dem Betrachter

⁷ Vgl. zu dieser Thematik: Thomas Nipperdey, Kann Geschichte objektiv sein?, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (1976), S. 329–342. Vgl. jetzt auch die grundsätzlichen Ausführungen von Jürgen W. Falter in seinem Beitrag: „Anfälligkeit“ der Angestellten – „Immunität“ der Arbeiter? Mythen über die Wähler der NSDAP, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse, Rainer Zitelmann (Hrsg.), Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. – Berlin 1990, S. 265–290.

mit einem lachenden oder mit einem weinenden Auge zur Kenntnis genommen wird, haben nichts miteinander zu tun. Ich plädiere deshalb dafür, nicht dabei stehenzubleiben, die normativen Implikationen des Modernisierungsbegriffs zu explizieren, sondern ihn so weit wie möglich von diesen normativen Elementen zu befreien. Dies ermöglicht ein unbefangeneres Forschen, denn der Wissenschaftler sieht sich dann nicht mehr vor die Notwendigkeit gestellt, bestimmte Thesen deshalb zu bestätigen oder zu widerlegen, weil sie seinen Wertorientierungen ent- oder widersprechen. Gerade das Beispiel der Debatte um die Modernität des Nationalsozialismus zeigt, in welchem hohem Maße die normative Aufladung eines Begriffs zur Verwirrung und unnötigen Komplizierung der wissenschaftlichen Diskussion beiträgt. So resultiert auch die Ansicht, Demokratisierung oder Parlamentarisierung seien konstitutive Elemente der Modernisierung, zu einem guten Teil aus der normativen Besetzung des Begriffs.

Demokratisierung und Modernisierung

In dem bereits erwähnten Beitrag von Matzerath und Volkmann begründen die Autoren ihre Skepsis gegenüber der Bezeichnung des Nationalsozialismus als „modern“ u. a. damit, daß in der nationalsozialistischen Ideologie „antimoderne Elemente“ eine zentrale Rolle gespielt hätten, und zwar ein „antiparlamentarischer Affekt“ und „antiemanzipatorische und antipartizipatorische Ziele“.⁸ Zu den Indikatoren des Modernisierungsprozesses zählen sie ausdrücklich „Wahlberechtigung und Wahlbeteiligung“.⁹ Am „deutlichsten“ sprächen die *politischen* Veränderungen im Dritten Reich gegen die Modernisierungsthese, nämlich die „Aushöhlung des Rechtsstaates und Beseitigung demokratischer Strukturen in Staat und Gesellschaft“.¹⁰ Zu Recht hat denn auch Heinrich August Winkler in der Diskussion über die Thesen der Autoren kritisch angemerkt: „Schwierig wird es, wenn etwa unter dem Begriff ‚Partizipation‘ auch das parlamentarische System zu einem Indikator von Modernität wird. Man landet dann schnell bei einer *petitio principii*.“¹¹

Auch in einem der jüngsten Beiträge, die sich mit der Frage des Verhältnisses von Nationalsozialismus und Modernisierung befassen,

⁸ Matzerath/Volkmann, S. 96.

⁹ Ebd., S. 95, Anm. 20.

¹⁰ Ebd., S. 95 f.

¹¹ Heinrich August Winkler, Diskussionsbeitrag zum Referat von Matzerath/Volkmann, in: Ebd., S. 103.

heißt es aber: „Unbestreitbare Tatsache bleibt, daß die Nationalsozialisten zentrale Merkmale der Modernisierung ausgemerzt haben – so die politische Partizipation der Bürger in freien Wahlen und die Institutionalisierung von Regelungsmechanismen des industriellen Konfliktes.“¹² Es fällt auf, daß als selbstverständlich unterstellt wird, Demokratisierung sei ein konstitutives Element der Modernisierung.

Rainer Lepsius, der sich ausführlicher mit dem Zusammenhang von Demokratisierung und sozialem Wandel befaßt hat, konstatierte hingegen schon 1968, daß die Vorstellung von einer inhärenten Symmetrie zwischen dem Wandel der Sozialstruktur, der politischen Verfassung und den kulturellen Wertvorstellungen zunehmend durch die Ergebnisse der soziologischen Forschung in Frage gestellt werde: „Wenn der in der Modernisierungstheorie angenommene Zusammenhang zwischen Industrialisierung und Demokratisierung empirisch nicht zu halten ist, beide durchaus unabhängigen Tendenzen folgen, so löst sich der Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und politischer Ordnung in eine nicht näher definierte Wechselbeziehung auf. Ob die Modernisierung im Sinne von Industrialisierung die Demokratisierung fördert oder hindert, ist dann eine offene Frage, die historisch höchst unterschiedliche Antworten findet. Zwischen beiden Prozessen besteht jedenfalls keine Synchronisation. Die wesentlichen demokratischen Ordnungsideen und politischen Institutionen sind vor der Industrialisierung entwickelt worden und hatten keineswegs eine industrielle Massengesellschaft als Ordnungsobjekt vor sich. Jedenfalls können dem Modernisierungsprozeß nicht mehr ohne weiteres materielle Qualitäten für die politische Ordnung zugeschrieben werden. Das Verhältnis von Industrialisierung und Demokratisierung wird darum nur in historischen Zustandsabfolgen und Mischungsverhältnissen von konkreten Strukturelementen erfaßbar.“ Die Vermittlung von Industrialisierung und politischer Ordnung sei damit zu einer „empirischen Frage“ geworden, die sich nur beantworten lasse, wenn sich die Soziologie „historisch orientiere“.¹³ Dabei gelte es, insbesondere jene Themen verstärkt zu bearbeiten, die die Soziologie im Nachkriegsdeutschland weitgehend ausgespart habe, nämlich die Analyse des Nationalsozialismus und des Kommunismus. Die Identifizierung von Demokratisierung und Modernisierung sei auch Ausdruck einer einseitigen Orientie-

¹² Jens Alber, Nationalsozialismus und Modernisierung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 41 (1989), S. 346–365, hier: S. 358.

¹³ M. Rainer Lepsius, Demokratie in Deutschland als historisch-soziologisches Problem, in: Theodor W. Adorno (Hrsg.), Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?, Stuttgart 1969, S. 197–213, hier: S. 199.

rung am amerikanischen Erfahrungshorizont.¹⁴ „Große historische Fälle, die dieser Entwicklung widersprachen, insbesondere die Sowjetunion und das nationalsozialistische Deutschland – aber auch Japan – galten als exotische Sonderfälle, die für die Ausbildung der modernen soziologischen Theorien seltsam unfruchtbar blieben und weithin ausgeklammert wurden.“¹⁵

In der Tat ist die Sowjetunion ein Beispiel dafür, daß sich Industrialisierung, Alphabetisierung, Technisierung und andere zentrale Merkmale von „Modernisierung“ auch unter diktatorischen Vorzeichen vollziehen können. Dabei ist es nicht ausschlaggebend, ob die Modernisierung in Rußland möglicherweise in ähnlich raschem oder vielleicht sogar in schnellerem Tempo verlaufen wäre – und ohne die Millionen Opfer, die der Stalinismus forderte –, hätte es die bolschewistische Revolution nicht gegeben. Aus methodologischen Gründen ist es schwierig, mit kontrafaktischen Annahmen zu operieren. Tatsache ist, daß die stalinistische Diktatur einen beträchtlichen Modernisierungsschub auslöste, der es der Sowjetunion immerhin ermöglichte, nach dem Zweiten Weltkrieg zur zweiten militärischen Supermacht neben den Vereinigten Staaten aufzusteigen.

Natürlich müssen heute auch die revolutionären Wandlungen in Osteuropa und der Sowjetunion berücksichtigt werden. Zwar ist es für den Historiker schwierig, Aussagen über noch nicht abgeschlossene Prozesse zu treffen. Jedoch sollte er auch nicht blind für die Gegenwart sein. Die Theoriebildung, gerade über das Verhältnis zwischen Modernisierung und Demokratisierung, kann von den neueren historischen Entwicklungen nicht unberührt bleiben. Spricht der Zusammenbruch der Diktaturen in Osteuropa und der sich dort vollziehende Demokratisierungsprozeß nicht für den unauflösbaren Zusammenhang von Demokratisierung und Modernisierung?

¹⁴ Hans-Ulrich Wehler konstatiert zu Recht: „Vielen Modernisierungstheorien war die amerikanische Gesellschaft der zwei Nachkriegsjahrzehnte seit 1945 zumindest implizit eine realisierte Utopie. So wie im selbstbewußten viktorianischen England mit seiner ökonomischen und politischen Spitzenstellung die Evolutionstheorien und der mit ihnen eng verwandte Sozialdarwinismus einen Höhepunkt erreichten, so spiegelten manche Modernisierungstheorien die ethnozentrische Selbstgefälligkeit und weltpolitisch-weltwirtschaftliche Superiorität der Vereinigten Staaten nach 1945 wider [...] Die theoretisch und empirisch präjudizierenden Wirkungen dieser Vorstellung reichten sehr weit, bis in vermeintlich ganz neutrale Kategorien, bis in evolutionäre Universalien hinein“ (Hans-Ulrich Wehler, *Modernisierungstheorie und Geschichte*, Göttingen 1975, S. 18).

¹⁵ Lepsius, S. 198.

Man muß keinem normativen Modernisierungsbegriff anhängen, um diese Frage zu stellen. Denn es scheint so, daß die antidemokratischen Strukturen dieser Gesellschaften zum entscheidenden Hemmschuh der weiteren Modernisierung geworden sind. Man könnte sogar argumentieren, daß die Revolution in Osteuropa die Marxsche These von der Entsprechung zwischen Basis und Überbau sowie von der Dialektik zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in ironischer Weise zugleich bestätige und schlagend widerlege.¹⁶ „Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um.“¹⁷ So schrieb Karl Marx in seinem berühmten Vorwort von *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*. Er postulierte damit einen denkbar engen Zusammenhang von ökonomischer und politischer Entwicklung.

Heute sind in den sozialistischen Staaten der Überbau des (post)totalitären Systems und die sozialistischen Produktionsverhältnisse zu „Fesseln“ für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte geworden. Nur eine Beseitigung dieser Produktionsverhältnisse (mit der eine Demokratisierung des gesamten „Überbaus“ einhergeht) verbürgt eine weitere Entwicklung der Produktivkräfte, schafft die Voraussetzungen für einen neuen Modernisierungsschub. Heißt dies aber nicht, daß die politische Demokratie letztlich doch *die* adäquate Existenzform der Moderne ist?

Zweifelsohne besteht die Gefahr, daß wir uns zu sehr von der Faszinationskraft gegenwärtiger Entwicklungen beeindrucken lassen. Skepsis ist angebracht, wenn manche Beobachter vorschnell von einem *Ende der Geschichte* sprechen, das mit dem endgültigen Sieg der demokratischen Ordnung nunmehr gekommen sei. Daß die Überbewertung aktueller Tendenzen zu gravierenden Fehltritten führen kann, zeigt

¹⁶ Widerlegt wird die Theorie wohl insofern, als nicht die Abschaffung, sondern die Wiedereinführung des Privateigentums an Produktionsmitteln jene „Fesseln“ beseitigt, die die Entwicklung der Produktivkräfte bis dahin gehemmt haben.

¹⁷ Karl Marx, *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*. Erstes Heft (1859), Berlin 1972, S. 15.

das Beispiel der 1983 erschienenen Studie von Jean-François Revel *So enden die Demokratien*, die ein vielbeachteter Bestseller wurde. Revel kam zu dem Befund: „Es sieht demnach ganz so aus, als sei die Summe der psychologischen und materiellen, politischen und moralischen, ökonomischen und ideologischen Kräfte, die sich zur Auslöschung der Demokratie zusammenfinden, größer als die Summe der gleichen Kräfte, die sich zusammenfinden, um sie am Leben zu erhalten.“¹⁸ Die Demokratie sei vielleicht in der Geschichte nur ein „Zwischenspiel“ gewesen, „eine kurze Einfügung in Klammern, die sich vor unseren Augen schließen“; vermutlich werde die ganze Menschheit unter kommunistische Herrschaft geraten.¹⁹ Revel konnte plausible Argumente und Tatsachen ins Feld führen, die seine Prognose stützten. Erfreulicherweise hat die tatsächliche historische Entwicklung seine düsteren Visionen jedoch rasch widerlegt.

Aber heißt dies, daß die Gegenthese vom unvermeidlichen Endsieg der „demokratischen Weltrevolution“ recht behält? Diese Ansicht vertrat schon 1987 Martin Kriele, der meinte, eine Gesetzmäßigkeit konstatieren zu können, nach der am Ende die Demokratie ihren weltweiten Siegeszug antreten werde. Der demokratischen Revolution wohne „eine natürliche Tendenz auf universale Ausbreitung über die ganze Menschheit“ inne.²⁰ Kriele beruft sich auf die teleologische Geschichtsphilosophie von Hegel und Kant, für die die Weltgeschichte eine Geschichte des Fortschritts der Freiheit und des Bewußtseins der Freiheit war.²¹ Der empirisch forschende und argumentierende Historiker vermag sich an solchen geschichtsphilosophischen Spekulationen nicht zu beteiligen, er kann auch keine Prognosen über Zukunftsentwicklungen abgeben. Dies ist aber ein Kernproblem vieler Aussagen über den Zusammenhang von Demokratisierung und Modernisierung. Da beide Prozesse nicht abgeschlossen sind, sondern sich mit großer Dynamik weiterentwickeln, weil wir einen „Endpunkt“ nicht kennen,

¹⁸ Jean-François Revel, *So enden die Demokratien*. Unter Mitarbeit von Branko Lazitch, München – Zürich 1984, S. 13 (frz.: *Comment le Démocraties finissent*, Paris 1983).

¹⁹ Ebd., S. 11, 19. Inzwischen widerlegt wurde auch Revels Ansicht, es sei abwegig anzunehmen, daß das totalitäre System des Ostens in Friedenszeiten von selber zerfallen könnte. Nichts deute darauf hin, was den Sowjetstaat in naher Zukunft dazu veranlassen könne, seine militärischen und imperialistischen Prioritäten durch innenpolitische Prioritäten, also Wirtschaftsentwicklung und sozialen Fortschritt, zu ersetzen (ebd., S. 393, 26).

²⁰ Martin Kriele, *Die demokratische Weltrevolution*. Warum sich die Freiheit durchsetzen wird, München – Zürich 1987, S. 12.

²¹ Ebd., S. 88.

vermögen wir nicht zu bestimmen, was späteren Generationen als Ausnahme und was als Regel erscheinen wird. Ist die totalitäre Diktatur nur die Ausnahmeerscheinung der Moderne und die liberale Demokratie die Regel? Sind beide Phänomene gleichermaßen in der Moderne verankert und in ihr angelegt?

Sicher ist heute, daß die Entwicklung von Wissenschaft und Technik keineswegs zwangsläufig zu einer Vergrößerung des Freiheitsspielraums für die Menschen führen muß. Bedenkenswert erscheint Karl Dietrich Brachers These: „Wissenschaftliche und technische Fortschritte haben uns nicht etwa besser befähigt, ideologischen Verführungen entgegenzutreten, sie haben vielmehr die Aufgabe noch erschwert, die dem Menschen als Bürger gestellt ist: Politik selbst zu denken und mitzugestalten, um der Unterwerfung unter den Alleinanspruch politischen Glaubens entgegenzuwirken – und nicht umgekehrt, wie es seit je die Ideologen wollen.“²²

Die Erfahrung des Nationalsozialismus zeigt, daß sich Modernisierung auch in einem diktatorischen System vollziehen kann. Gute Gründe sprechen für die These Avraham Barkais, daß die Lösung der ökonomischen Probleme Deutschlands in den dreißiger Jahren durch den Einsatz moderner Instrumentarien der Wirtschaftspolitik am reibungslosesten in einem diktatorischen System erfolgen konnte: „Es ist äußerst zweifelhaft, ob irgendeine demokratische Regierung damals den Widerstand der in politischen Pressure-groups organisierten ökonomischen Interessen hätte überwinden können, um eine gleichartig unorthodoxe Wirtschaftspolitik durchzuführen, selbst wenn sie sich theoretisch zu diesen Erkenntnissen durchgerungen hätte.“²³

Gegenwärtig ist es schwer vorstellbar, daß sich in Europa noch einmal eine historische Konstellation wiederholen könnte, in der nationalsozialistische oder faschistische Regime die Demokratien verdrängen, ebenso wie ein Wiederaufleben des Kommunismus aus heutiger Perspektive nicht zu erwarten ist. Aber heißt dies, daß sich Modernisierung künftig mit Sicherheit nur im Rahmen demokratischer Gesellschaftsordnungen vollziehen wird? Wir wissen beispielsweise nicht, ob in Zukunft möglicherweise ökonomische oder ökologische Krisen auftreten, die wirklich oder scheinbar (im Bewußtsein einer Mehrheit der Bevölkerung oder der Eliten) die Problemverarbeitungskapazität demokratischer Systeme überlasten. Es ist nicht auszuschließen, daß – zu-

²² Karl Dietrich Bracher, *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, München 1985, S. 18.

²³ Avraham Barkai, *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Der historische und ideologische Hintergrund 1933–1936*, Köln 1977, S. 177.

mindest vorübergehend – demokratische Systeme durch bislang unbekannte Formen totalitärer Diktaturen abgelöst werden, die eine neue Version der Modernisierung (z. B. eine ökologische Modernisierung) durchsetzen.

Wie gesagt, der Historiker vermag keine Aussagen über die Zukunft zu machen, doch kann er aus seiner Kenntnis der Geschichte Bedenken gegen die Selbstsicherheit der Zeitgenossen vorbringen. Historisches Denken sollte die Offenheit der Geschichte betonen und Skepsis gegenüber „endgültigen“ Gesellschaftsentwürfen oder gar Vorstellungen von einem „Ende der Geschichte“ lehren.²⁴ Es lehrt auch, aktuelle Entwicklungen zwar in die Betrachtung einzubeziehen, aber nicht vorschnelle Schlüsse aus ihnen zu ziehen. Beispielsweise mußte es in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen vielen Zeitgenossen so erscheinen, als sei die Demokratie am Ende. In Mitteleuropa hatte so gut wie keines der nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen parlamentarischen Systeme überlebt. In Westeuropa erlitt die Demokratie in Italien, Portugal, Deutschland und Spanien schwere Niederlagen. Später sprach man nicht zu Unrecht von der *Epoche des Faschismus* (Ernst Nolte). Es schien zeitweise, als gehöre totalitären Entwürfen die Zukunft.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war der Faschismus tot. Dafür schien nun der Kommunismus seinen weltweiten Siegeszug anzutreten. Ein Drittel der Erde war bereits kommunistisch geworden, und die Kommunisten waren – geleitet von der marxistisch-leninistischen Geschichtsphilosophie – der festen Überzeugung, überall auf der Welt werde letztlich der Sozialismus und Kommunismus den Kapitalismus und die bürgerliche Demokratie ablösen. Zu bedenken ist, daß seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nur 21 Staaten ununterbrochen eine demokratische Regierungsform beibehalten haben.²⁵ Allerdings sind darunter zahlreiche hochindustrialisierte Länder. Obgleich die Anhänger der Demokratie am Ende des 20. Jahrhunderts optimistisch in die Zukunft schauen können, fällt doch die Gesamtbilanz dieses Jahrhun-

²⁴ Allerdings hat es der Historiker in der Regel schwer, zu erkennen, daß das System, in dem er selbst lebt, ebenso vergänglich ist wie alle vorangegangenen Ordnungen. Erstens hat er meist mehr oder minder den herrschenden Wertekanon internalisiert, und zweitens muß jedes System – will es sich nicht selbst aufgeben – den Glauben an seine Unvergänglichkeit postulieren. Alle Gesellschaftsordnungen neigen dazu, sich selbst als Endpunkt einer historischen Entwicklung zu betrachten, die eben im jeweiligen System endet. Zukünftige Entwicklungen werden nur noch als Fortentwicklungen des jeweils bestehenden Systems gedacht.

²⁵ Vgl. Arend Lijphart, *Democracies. Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries*, New Haven – London 1984.

derts widersprüchlich aus. „Längst ist der Fortschrittsoptimismus des 19. Jahrhunderts verstummt, als viele an einen unaufhaltsamen Siegeszug der Demokratie glaubten.“²⁶

Wer einer teleologischen Geschichtsauffassung eine Absage erteilt, sollte mit Aussagen über den Zusammenhang von Modernisierung und Demokratie zurückhaltend sein. Es wäre dann auch voreilig anzunehmen, der Nationalsozialismus sei eine der „pathologischen Entwicklungsformen der Moderne“,²⁷ wie Detlev Peukert meinte. Peukert hatte unbedingt recht, wenn er betonte, die nationalsozialistischen Verbrechen sollten „nicht als fataler Einbruch einer eigentlich unzeitigen Barbarei gewertet werden [...], sondern als eine der Möglichkeiten moderner Zivilisation in der Krise“²⁸. Jedoch suggeriert der Ausdruck „Pathologie“ eine Vorstellung darüber, was als „gesund“ zu betrachten sei. Da der Normalzustand eines Organismus aber nicht die Krankheit, sondern die Gesundheit ist, da die Krankheit in der Regel nur einen Übergangs- und Ausnahmezustand darstellt, könnte man aus Peukerts Formulierung folgern, Emanzipation, Humanität und Demokratie seien eben der Regelzustand der Moderne, Terror, Diktatur und Inhumanität die Ausnahme. Der Verfasser würde dies ebenso begrüßen wie wohl die meisten Erdenbürger. Doch ist die Moderne selbst noch zu jung, das 20. Jahrhundert zu widersprüchlich verlaufen, als daß der Historiker eine eindeutige Aussage darüber formulieren könnte, was der Normal- und was der Ausnahmezustand sei. Offenbar sind beide Möglichkeiten – die demokratische und die totalitäre – in der Moderne angelegt.²⁹

Vermutlich gibt es keine Gesetzmäßigkeit, nach der sich die eine oder die andere Version durchsetzen müßte. Die Vorstellung von einem „notwendigen Nexus zwischen Industrialisierung und Demokratisierung“ entsprang wahrscheinlich, wie Hans-Ulrich Wehler zu Recht anmerkt, einer „Unterschätzung der Politik“.³⁰ Dies bedeutet jedoch auch, daß industrialisierten Gesellschaften nicht von vornherein ein höheres Humanitätspotential unterstellt werden sollte als relativ unterentwickelten.

²⁶ Uwe Backes, Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 3 Bde., Bd. 2: Analyse, Köln 1989, S. 215.

²⁷ Detlev Peukert, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982, S. 296.

²⁸ Detlev Peukert, Max Webers Diagnose der Moderne, Göttingen 1989, S. 104.

²⁹ Vgl. Uwe Backes, Totalitarisme: un phénomène spécifique du XX^e siècle?, in: Révision de l'histoire. Totalitarismes, crimes et génocides nazis, Paris 1990, S. 19–36.

³⁰ Wehler, S. 29 f.

Implizit gingen jedoch manche Diskussionsbeiträge des sogenannten „Historikerstreites“ von dieser Voraussetzung aus, wenn sie argumentierten, ein Vergleich der nationalsozialistischen Massenmorde mit den Greueln des Stalinismus sei schon deshalb problematisch, weil sich erstere schließlich in einem hochentwickelten Land zugetragen hätten.³¹

Modernisierung wider Willen?

Seit dem Erscheinen der Arbeiten von Ralf Dahrendorf³² und David Schoenbaum³³ hat die These von der Modernisierungsfunktion des Na-

³¹ Diese Argumentation klingt bei Jürgen Kocka an. Er hebt auf den Unterschied ab zwischen der bürokratischen Systematik des Massenmordes in den Vernichtungslagern des „industrialisierten, in einem relativ hohen Grade organisierten Reiches Hitlers“ einerseits und den Morden „im rückständigen Reiche Stalins“ andererseits. „Deutschland befand sich 1933 auf einer viel fortgeschrittenen Stufe der Modernisierung als die Sowjetunion zum Zeitpunkt ihrer Entstehung oder irgendwann in den zwanziger bzw. dreißiger Jahren.“ Der nationalsozialistische Genozid habe in einem Land mit einem „hohen sozialökonomischen Entwicklungsstand“ stattgefunden. „Rußland dagegen hatte diese europäische Entwicklung nur am Rande mit vollzogen – oft nur als Import –, und die Sowjetunion war im Vergleich zu Mittel- und Westeuropa fast ein Entwicklungsland.“ Aus diesen Gründen sei ein Vergleich der in beiden Systemen begangenen Verbrechen problematisch. Jürgen Kocka, *Deutsche Identität und historischer Vergleich*. Nach dem „Historikerstreit“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 40–41 (1988), S. 15–28, hier S. 22 f. An anderer Stelle schreibt Kocka, es bestehe ein „qualitativer Unterschied“ zwischen dem bürokratisierten Massenmord im vergleichsweise „hochorganisierten Reiche Hitlers“ und der brutalen Mischung von Bürgerkriegsexzessen, Massen-„Liquidierungen“, Sklavenarbeit und Verhungernlassen „im rückständigen Reiche Stalins“. Die Kritik an den Vergleichen nationalsozialistischer Verbrechen mit anderen Massenmorden in der Geschichte (z. B. in Kambodscha) sei Ausfluß des „zivilisationsgeschichtlichen Wissen(s) über den Zusammenhang von ökonomischer Entwicklung und Möglichkeiten gesellschaftlich-politischer Organisation“. Jürgen Kocka, Hitler sollte nicht durch Stalin oder Pol Pot verdrängt werden. Über Versuche deutscher Historiker, die Ungeheuerlichkeit von NS-Verbrechen zu relativieren, in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München–Zürich 1987, S. 132–142, hier S. 134 f.

³² Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965.

³³ David Schoenbaum, *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches*. Mit einem Nachwort von Hans Mommsen, München 1980 (engl. EA 1966).

tionalsozialismus in der Geschichtsforschung erheblich an Boden gewonnen. Es mußte provozierend wirken, daß ein liberaler Soziologe erklärte, die Nationalsozialisten hätten mit ihrer Modernisierungsrevolution der demokratischen Gesellschaft in Deutschland den Weg geebnet. Dahrendorf nahm diesem Befund jedoch sogleich wieder viel von seiner Brisanz, indem er hinzufügte, die soziale Revolution, die der Nationalsozialismus bewirkt habe, sei lediglich ein „unbeabsichtigtes [...] Resultat seiner Herrschaft“ gewesen.³⁴

Bezeichnenderweise belegte Dahrendorf die These vom angeblichen Widerspruch zwischen Intention und Wirkung der NS-Revolution nicht näher. Er wies lediglich darauf hin, Hitlers „Schriften und Reden wie die ganze verquollene nationalsozialistische Ideologie“ sprächen dafür, daß „die Tradition und die Werte der Vergangenheit wiederhergestellt werden sollten“.³⁵ Allerdings führte Dahrendorf nur ein einziges Hitler-Zitat an, um diese Behauptung zu untermauern, nämlich einen Auszug aus einer Rede vom 1. Februar 1933: „Anfangen bei der Familie, über alle Begriffe von Ehre und Treue, Volk und Vaterland, Kultur und Wirtschaft hinweg bis zum ewigen Fundament unserer Moral und unseres Glaubens, bleibt nichts verschont von dieser nur verneinenden, alles zerstörenden Idee. 14 Jahre Marxismus haben Deutschland ruiniert ... (Die nationale Regierung) wird die Fundamente wahren und verteidigen, auf denen die Kraft unserer Nation beruht. Sie wird das Christentum als Basis unserer gesamten Moral, die Familie als Keimzelle unseres Volks- und Staatskörpers in ihren festen Schutz nehmen.“³⁶

Dahrendorf wertete diese Rede als „Bekenntnis zur Tradition“ und fügte hinzu, Hitlers Taten seien das Gegenteil davon gewesen. Es ist jedoch offensichtlich, daß Hitler es mit diesem „Bekenntnis zur Tradition“ ohnehin nicht ernst gemeint hatte. Mit Reden wie der von Dahrendorf zitierten verfolgte er in den Tagen nach seiner Ernennung zum Reichskanzler und vor den letzten Wahlen das Ziel, konservative und katholische Wählerschichten zu gewinnen, die bis dahin dem Nationalsozialismus reserviert gegenübergestanden hatten. Skeptiker im In- und Ausland sollten beruhigt werden, die *nationale Erhebung* (erst später sprach man von der *nationalsozialistischen Revolution*) wurde bei Ereignissen wie dem „Tag von Potsdam“ als Ausdruck einer Versöhnung des jungen Deutschland mit den alten preußischen Traditionen stilisiert.

³⁴ Dahrendorf, S. 432.

³⁵ Ebd., S. 432 f.

³⁶ Zitiert nach ebd., S. 434. Hinzufügungen und Auslassungen von Dahrendorf.

Daß Hitler in Wahrheit beispielsweise das „Christentum als Basis unserer gesamten Moral“ in höchstem Maße verachtete und sich eher als Totengräber denn als Verteidiger der christlichen Religion verstand, wissen wir heute mit Sicherheit.³⁷

Es geht hier nicht darum, Dahrendorf für die unbefriedigende Begründung seiner These von der „unbeabsichtigten“ Modernisierungsrevolution zu kritisieren, zumal dies nicht das Thema seines Buches war. Auffällig ist jedoch, daß die Historiker, die seine Argumentation aufgriffen, an diesem Punkt keinen Einspruch erhoben. Was Dahrendorf nicht leistete, nämlich eine Analyse der gesellschaftspolitischen Zielsetzungen der Nationalsozialisten, blieb lange Zeit ein Forschungsdesiderat. Sofern sich Historiker mit der „nationalsozialistischen Weltanschauung“ beschäftigten, klammerten sie die Sozial-, Wirtschafts- und Innenpolitik aus und konzentrierten sich vorwiegend auf Hitlers außen- und rassenpolitische Zielsetzungen.³⁸ Eine Ausnahme stellte der Beitrag von Henry A. Turner über *Faschismus und Anti-Modernismus* dar.³⁹ Er befaßte sich im Unterschied zu Dahrendorf und Schoenbaum mit den *Zielsetzungen* Hitlers und gelangte dabei zu dem Ergebnis, die Nationalsozialisten hätten die Modernisierung nur praktiziert, um ihr utopisches Ziel einer Abkehr von der modernen Industriegesellschaft zu verwirklichen.⁴⁰ Dieser Befund schien indes die These vom Widerspruch zwischen Intention und Wirkung der nationalsozialistischen Revolution zu bestätigen. Da Turners Aufsatz die einzige ernstzunehmende Analyse der gesellschaftspolitischen Zielsetzungen Hit-

³⁷ Vgl. beispielsweise die massiven Ausfälle gegen das Christentum in: Adolf Hitler, Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, hrsg. von Werner Jochmann, Hamburg 1980; Henry Picker (Hrsg.), Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–42, Wiesbaden 1983.

³⁸ So beispielsweise: Eberhard Jäckel, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft. Erweiterte und überarbeitete Ausgabe, Stuttgart 1981.

³⁹ Henry A. Turner, Faschismus und Anti-Modernismus (1972), in: Ders., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1980, S. 157–182.

⁴⁰ Turner (ebd., S. 163 f.) spricht von einer „Hauptströmung der NS-Utopie, die von Hitler, Himmler, Rosenberg, Darré und anderen vertreten wurde“. „Sie entdeckten ihre Leitvorstellungen im frühen Mittelalter, aber auch in vorchristlicher, ja vorgeschichtlicher Zeit. Um die Probleme des hochindustrialisierten Deutschland im 20. Jahrhundert zu heilen, verordneten sie eine Wiederbelebung der kultischen Verehrung von Blut und Boden. Sie wollten einen großen Teil des deutschen Volkes aus der industriellen Welt befreien und ihm eine Rückkehr zum einfachen Leben auf dem Lande ermöglichen.“

lers darstellte, gewann seine These, die Nationalsozialisten hätten die Eroberung von „Lebensraum im Osten“ als erste Stufe eines utopischen Reagrarisierungs-Programms verstanden, fast kanonische Geltung. Wie ein Blick in die Anmerkungsapparate der historischen Literatur zeigt, stützte sich die Ansicht, Hitler habe eine archaische Agrarutopie verwirklichen wollen, fast ausschließlich auf die Analyse Turners.

Die Untersuchung der sozial-, wirtschafts- und innenpolitischen Ziele Hitlers führte jedoch zu dem Ergebnis, daß Turners Hauptthese nicht zu halten ist.⁴¹ Vor allem die Ansicht, Hitler habe eine antimodernistische Agrarideologie⁴² vertreten und den Ausstieg aus der Industriegesellschaft geplant, beruhte auf einem Mißverständnis. Die von Hitler beabsichtigte Bauernansiedlung in dem zu erobernden Lebensraum im Osten sollte nicht die „Reagrarisierung“ der deutschen Gesellschaft einleiten, sondern lediglich der Beseitigung der gestörten Proportionalität von Landwirtschaft und Industrie dienen und die Voraussetzung für das Entstehen einer relativ autarken großeuropäischen Wirtschaftsordnung bilden. Dabei war die Bauernansiedlung nur *eine* Funktion des Lebensraums im Osten. Daneben kam ihm vor allem als Rohstoffquelle und Absatzmarkt eine hervorragende Bedeutung zu. Mit der Eroberung von „Boden“ wollte Hitler nicht nur neue landwirtschaftliche Nutzflächen gewinnen, sondern ebenso neue Rohstoff- und Energieressourcen sichern. Russische Rohstoffquellen würden, so Hitlers Vision, einen ungeheuren Aufschwung der industriellen Produktion ermöglichen und Deutschland schließlich sogar in die Lage versetzen, die hochindustrialisierten USA einzuholen und zu überholen. Hitler war kein Gegner des technischen Fortschritts und der Industrialisie-

⁴¹ Die folgenden Ausführungen lehnen sich an die Schlußbetrachtung meiner Studie an: Rainer Zitelmann, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Stuttgart 1991, S. 495 f.

⁴² Hitler habe „während der Jahre, in denen er die Macht in einem der fortgeschrittensten Industrieländer der Welt anstrebte, das Wirtschaftsleben letzten Endes mit agrarischen Begriffen“ betrachtet. Henry A. Turner, Hitlers Einstellung zu Wirtschaft und Gesellschaft vor 1933, in: Geschichte und Gesellschaft 2 (1976), S. 89–117, hier: S. 93. „Seine [Hitlers] Vorstellung von wirtschaftlicher Autarkie blieb beschränkt und archaisch in ihrer Fixierung auf die Landwirtschaft. Die unendlichen und ungeheuer wertvollen Ressourcen, die die Realisierung seines grandiosen Eroberungsplanes Deutschland zur Verfügung gestellt hätten, beurteilte er bestenfalls als zweitrangig“ (Henry A. Turner, Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985, S. 96). Zur Kritik dieser These vgl.: Rainer Zitelmann, Zur Begründung des „Lebensraum“-Motivs in Hitlers Weltanschauung, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz, München – Zürich 1989, S. 551–567.

rung. Im Gegenteil. Er ging von einer quasi naturgesetzlichen Tendenz zur ständigen Steigerung der menschlichen Bedürfnisse aus, einer Tendenz, die im Zeitalter der Massenkommunikation und angesichts des Vorbildes der USA noch verstärkt werde.

Ralf Dahrendorf hat die Herausbildung des Typus des „Volksgenossen“ als eines der wichtigsten Ergebnisse der nationalsozialistischen Revolution bezeichnet. David Schoenbaum gelangte zu dem Befund: „Der Nationalsozialismus beschleunigte die bereits beachtliche Mobilität der deutschen Industriegesellschaft; er schuf zumindest das Klima für sozialen Aufstieg und oft genug wirkliche Beweise davon.“⁴³ Diese Entwicklungen widersprachen mit Sicherheit nicht der ideologischen Konzeption des Diktators. Hitler war ein vehementer Befürworter einer ‘Chancengleichheit’, die jedoch, wie alle seine sozialen und ökonomischen Zielsetzungen, nur innerhalb der „deutschen Volksgemeinschaft“ verwirklicht werden sollte, aus der „rassisch minderwertige“ Gruppen, wie z. B. Juden und Zigeuner, von vornherein ausgeschlossen waren. Innerhalb dieses eingeschränkten Bezugsrahmens sollten die Aufstiegsmöglichkeiten für Angehörige sozial benachteiligter Schichten entschieden verbessert werden.

Hitler war der Ansicht, eine Optimierung der Leistungsfähigkeit der „Volksgemeinschaft“ lasse sich nur erreichen, wenn überkommene Klassen- und Standesschranken beseitigt würden und allen „Volksgenossen“ die Möglichkeit zur Teilnahme am sozialdarwinistisch verstandenen Kampf um den sozialen Aufstieg geboten wurde. Die Erhöhung des Sozialprestiges der Arbeiter diene nicht nur dem Ziel einer besseren Integration dieser Schicht. Mindestens ebenso wichtig war Hitlers Absicht, durch die Relativierung des tradierten Sozialstatus die Voraussetzung für die Erhöhung der sozialen Mobilität zu schaffen. Auf dem Wege eines permanenten Umerziehungsprozesses sollten bestehende Traditionen, „Standesdünkel“ und „Klassenbewußtsein“ abgebaut werden.

Hitler ließ sich keineswegs von rückwärtsgewandten Visionen einer mittelalterlichen Gesellschaftsordnung leiten. Sein Vorbild waren in vieler Hinsicht die Vereinigten Staaten. Obwohl er das kapitalistische Wirtschaftssystem und die demokratische Ordnung der USA ablehnte, bewunderte er doch den dortigen Stand der technisch-industriellen Entwicklung, die er häufig als vorbildlich auch für Deutschland darstellte.

Hitler stand mit seiner Bewunderung für die moderne Industrie und Technik in der NSDAP keineswegs allein. Führende Nationalsozial-

⁴³ Schoenbaum, S. 333.

sten wie Robert Ley,⁴⁴ Fritz Todt⁴⁵ und Albert Speer⁴⁶ teilten seine Visionen. Ronald Smelser konstatiert in der Schlußbetrachtung seiner Ley-Biographie: „Wenn man die Pläne Leys betrachtet, sind sie in mancher Hinsicht völlig modern. Sie enthalten für den *Deutschen* – und *nur* für den Deutschen – eine Gesellschaft, die jedem die gleichen Aufstiegschancen bietet, die die alten Klassenunterschiede beseitigt hat und die in einen hochentwickelten Wohlfahrtsstaat eingebettet ist. Sehr viele Einzelelemente dieser ‘Leistungsgesellschaft’ von der Wiege bis zur Bahre sind erstaunlich progressiv und vernünftig.“⁴⁷ Ob man diese Pläne als – für sich genommen – „vernünftig“ bezeichnen möchte, hängt von den zugrunde gelegten Wertmaßstäben ab. Daß sie „progressiv“ waren, ist hingegen nicht zu leugnen, versteht man darunter eine Entwicklung in Richtung auf mehr Chancengleichheit, Wohlstand und Sozialstaatlichkeit. Daß alle diese Pläne nur für Angehörige der „deutschen Volksgemeinschaft“ gedacht waren, darf man allerdings nie vergessen. Da erst die Eroberung von neuem „Lebensraum im Osten“ die materiellen Ressourcen für die Realisierung der sozialen Zukunftsvisionen bereitstellen sollte, ist offensichtlich, daß die Errichtung eines totalitären Sozialstaates auf dem Rücken ausgebeuteter und unterdrückter Völker stattfinden sollte, die von den Nationalsozialisten als „rassisch minderwertig“ angesehen wurden. Jedoch spricht auch dies nicht dagegen, den Nationalsozialismus als „modern“ zu bezeichnen. Denn obgleich die liberale Demokratie eine universell verstandene menschliche Fundamentalgleichheit postuliert, hat sie diesen Anspruch nie einzulösen vermocht. Soziale Wohlfahrt, ein gehobener Lebensstandard und eine egalitäre Entwicklung in den Industrieländern korrespondieren nicht nur im Zeitalter des Kolonialismus mit Unterentwicklung und Verarmung in Ländern der sogenannten Dritten Welt sowie einer zunehmenden Ungleichheit im globalen Maßstab.

Die Feststellung, daß Männer wie Hitler, Ley, Todt, Speer und andere ausgesprochen moderne Konzeptionen vertraten, heißt nicht, es

⁴⁴ Zu Robert Ley vgl.: Ronald Smelser, Robert Ley. Hitlers Mann an der „Arbeitsfront“. Eine Biographie, Paderborn 1989, sowie ders., Robert Ley. Der braune Kollektivist, in: Ronald Smelser / Rainer Zitelmann (Hrsg.), Die braune Elite. 22 biographische Skizzen, Darmstadt 1990, S. 173–187.

⁴⁵ Zu Fritz Todt vgl.: Franz W. Seidler, Fritz Todt. Baumeister des Dritten Reiches, München – Berlin 1986; ders., Fritz Todt. Vom Autobahnbauer zum Reichsminister, in: Smelser / Zitelmann, S. 299–312.

⁴⁶ Zu Albert Speer vgl.: Jost Dülffer, Albert Speer. Management für Kultur und Wirtschaft, in: Ebd., S. 258–272.

⁴⁷ Smelser, Hitlers Mann, S. 300 (Hervorhebung im Original).

habe keine antimodernistischen Kräfte in der NSDAP gegeben, die Visionen ähnlich den von Turner skizzierten verfolgten. Otto Straßer beispielsweise vertrat eine solche agrarische Utopie,⁴⁸ und auch Richard Walther Darré⁴⁹ und Alfred Rosenberg⁵⁰ hingen mythischen Vorstellungen von *Blut und Boden* an. Mochten manche von ihnen vor 1933 eine gewisse Rolle in der NSDAP spielen, so wurden sie nach der Machtergreifung zunehmend durch die Technokraten verdrängt. Wo sie noch mehr oder minder einflußreiche Positionen innehatten – etwa der SS-Führer Heinrich Himmler oder der Landwirtschaftsminister Darré –, da standen schon die Technokraten – Männer wie Reinhard Heydrich und Herbert Backe – in der zweiten Reihe, die sich über die Hirngespinnste ihrer Vorgesetzten ebenso lustig machten, wie auch Hitler selbst den „Mystizismus“ eines Himmler oder Rosenberg dezidiert ablehnte.⁵¹

Da es eine einheitliche nationalsozialistische Ideologie nie gegeben hat, ist es schwierig, generelle Aussagen über das Verhältnis von Intention und Wirkung der nationalsozialistischen Revolution zu treffen. Die Forschung hat jedoch zu Recht hervorgehoben, daß Hitlers eigene Programmatik die wichtigste Rolle in dem Gestrüpp unterschiedlicher ideologischer Visionen spielte.⁵² In seiner Weltanschauung verbinden sich höchst moderne Elemente mit einer entschiedenen Ablehnung des demokratisch-pluralistischen Gesellschaftssystems. Beide Komponenten, die modernistische und die antidemokratische, stehen dabei keineswegs zusammenhanglos nebeneinander, sondern verbinden sich in

⁴⁸ Zu Otto Straßer vgl.: Patrick Moreau, Nationalsozialismus von links. Die 'Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten' und die 'Schwarze Front' Otto Straßers 1930–1935, Stuttgart 1984; ders., Otto Straßer. Nationaler Sozialismus versus Nationalsozialismus, in: Smelser/Zitelmann, S. 286–298; Günter Bartsch, Zwischen drei Stühlen. Otto Strasser. Eine Biographie, Koblenz 1990.

⁴⁹ Zu Darré vgl.: Gustavo Corni, Richard Walther Darré. Der 'Blut-und-Boden'-Ideologe, in: Smelser/Zitelmann, S. 15–27.

⁵⁰ Zu Rosenberg vgl.: Reinhard Bollmus, Alfred Rosenberg – 'Chefideologe' des Nationalsozialismus?, in: Ebd., S. 223–235.

⁵¹ Vgl. Zitelmann, Hitler, S. 372–378.

⁵² Zu den Kontroversen über die Beurteilung der Rolle Hitlers im Dritten Reich vgl.: Gerhard Schreiber, Hitler. Interpretationen 1923–1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung, Darmstadt ²1988; Klaus Hildebrand, Das Dritte Reich, München ³1987; Ian Kershaw, Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek bei Hamburg 1988; Enrico Syring, Intentionalisten und Strukturalisten. Von einem noch immer ausstehenden Dialog, in: Backes/Jesse/Zitelmann, S. 169–194.

einem Gedankensystem, das ein erstaunlich hohes Maß an innerer Geschlossenheit aufweist. Moderne Visionen müssen also durchaus nicht human orientiert und keineswegs einem demokratischen Gesellschaftsverständnis verpflichtet sein. Hitlers Entwurf demonstriert vielmehr die andere, die totalitäre Möglichkeit der Moderne.

Es soll nicht in Abrede gestellt werden, daß den Nationalsozialisten manche Modernisierungen „unbeabsichtigt“ unterliefen und bestimmte Entwicklungen, wie z. B. die Frauenemanzipation, den ideologischen Vorstellungen Hitlers ganz und gar nicht entsprachen. Andererseits standen die meisten Modernisierungseffekte im Einklang mit den ideologischen Visionen führender Nationalsozialisten. Zudem wiesen die Planungen, z. B. der Deutschen Arbeitsfront, durchaus in dieselbe Richtung wie die sozial- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen Hitlers. Daß die für die Zeit nach dem erwarteten „Endsieg“ entwickelten Konzeptionen einer neuen Sozialordnung⁵³ in vielen Fällen nur ansatzweise realisiert wurden, ist kein Indiz für ihre mangelnde Ernsthaftigkeit, ihre bloß propagandistische Bedeutung und auch nicht für ihre Chancenlosigkeit.⁵⁴ Können einerseits nicht alle Modernisierungswirkungen der Jahre 1933–1945 von vornherein als Verwirklichung der Hitlerschen Ideologie gewertet werden, verbietet es sich andererseits, das Ausbleiben modernisierender Entwicklungen in manchen Bereichen als Beleg dafür zu werten, die Nationalsozialisten hätten die Modernisierung nicht gewollt. Jens Alber, einer der schärfsten Kritiker der Modernisierungsthese, argumentiert: „Selbst wenn es richtig sein sollte, daß die neuen Eliten revolutionäre Intentionen hatten, so ließen ihre Bündnispartner eine Realisierung dieser Vorstellungen nicht zu.“⁵⁵ In der Tat stießen die Nationalsozialisten, gerade im Bereich der Sozialpolitik, immer wieder auf den Widerstand der alten Eliten, die die Realisierung ihrer Pläne oftmals hintertrieben. Dennoch gab es, das zeigen auch die Beiträge dieses Bandes, selbst in den sechs Friedens-

⁵³ Vgl. hierzu: Marie-Luise Recker, Nationalsozialistische Sozialpolitik im Zweiten Weltkrieg, München 1985, S. 82–154. Recker akzentuiert jedoch zu stark die propagandistische Bedeutung der von dem Arbeitswissenschaftlichen Institut (AWI) der DAF ausgearbeiteten Pläne. Für bloße Propagandazwecke wären keine detailliert ausgearbeiteten wissenschaftlichen Konzeptionen notwendig gewesen.

⁵⁴ Ebenso wäre es zu einfach, Henry A. Turners These von der „Reagrarisierungs-Utopie“ Hitlers mit dem Hinweis widerlegen zu wollen, daß dieses Projekt niemals auch nur in Ansätzen realisiert wurde und mit Sicherheit auch nicht zu realisieren gewesen wäre, selbst wenn die Nationalsozialisten dies gewollt hätten.

⁵⁵ Alber, S. 356.

und sechs Kriegsjahren der nationalsozialistischen Herrschaft genügend Beispiele für die erfolgreiche Verwirklichung nationalsozialistischer Konzepte.

Die Ergebnisse der historischen Einzelforschung machen eine Revision bisheriger Urteile unausweichlich. Das Unbehagen, den Nationalsozialismus als „modern“ zu bezeichnen, wird vermutlich in dem Maße schwinden, wie der von Martin Broszat geforderte Prozeß der „Historisierung“ des Dritten Reiches voranschreitet.⁵⁶ Einer Geschichtsschreibung, in der politisch-moralische Intentionen zumindest eine geringere Rolle spielen und volkspädagogische Motive durch eine distanziertere Sichtweise verdrängt werden, fällt es leichter, die Modernisierungsfunktion des Nationalsozialismus anzuerkennen.

⁵⁶ Vgl. Martin Broszat, Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus (1985), in: Hermann Graml, Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. Beiträge von Martin Broszat, München 1986, S. 159–173; Uwe Backes, Eckhard Jesse, Rainer Zitelmann, Was heißt: „Historisierung“ des Nationalsozialismus?, in: Backes/Jesse/Zitelmann, S. 25–57.